

## 1

# Am Ottakringer Bach – die Vorgeschichte

(BIS 1717)

Zur Römerzeit, in der das heutige Wien und das Stückchen Erde, um das sich dieses Buch dreht, erstmals in die Zivilisationsgeschichte eintritt, gibt es auf diesem Fleck weder Gebäude noch einen angelegten Platz. Am Rand einer pulsierenden Stadt, zur Blütezeit des römischen Militärlagers im zweiten und dritten Jahrhundert, liegt das Areal des heutigen Palais am Ballhausplatz etwas abseits des städtischen Geschehens.

Hier breitet sich von der Lagervorstadt nach Westen eine unbebaute, blumenreiche, leicht abschüssige Wiese aus, durchzogen vom Ottakringer Bach, der – der heutigen Geografie nach – die Neustiftgasse herunterkommt, den Volksgarten durchquert, die Bruno-Kreisky-Gasse und die Landhausgasse abwärts entlang der Strauchgasse fließt und schließlich in den Tiefen Graben mündet. Dort bildet er mit seinem Einschnitt die westliche Flanke des großen Militärlagers. Die Fläche ist unbebaut, aber nie einsam, liegt sie doch unmittelbar am Rand einer Ansiedlung mit mehr als 30.000 Menschen.

Rekonstruktion des römischen Wien, im Kasten rechts oben  
die Lage des heutigen Ballhausplatzes



Von dieser Wiese aus kann man im Norden, hinter der von Fuhrwerken stark frequentierten Herrengasse, der Verkehrstangente Vindobonas, noch stückweise die Lagermauern sehen. Sie beherrschen von der Naglergasse bis zur Peterskirche den Horizont. Gegen Westen aber hat man eine recht freie Sicht auf das Donautal, nur ein wenig eingeschränkt durch drei oder vier Villen diesseits der Straße, von denen die prachtvollste das heute zum Bundeskanzleramt gehörende Palais Porcia ist, in dessen Mauern man noch immer die römischen Steine und Ziegel und unter dessen Fußboden man nach wie vor einen gut erhaltenen Abwasserstrang sehen kann. In der Richtung zum heutigen Rathaus erstreckt sich eine freie Fläche. Nach Osten hin liegen die Ausläufer der Lagervorstadt dort, wo sich heute die Hofburg verzweigt. Und hier stehen entlang der Schauflergasse bis zum Michaelerplatz mehrere kleine Buden, die letzten Gebäude der Vergnügungsmeile der Soldaten am Kohlmarkt, an der sich Wirtshäuser, Ramschläden und Bordelle drängen. Von dort führt die Herrengasse weiter in die Zivilstadt im heutigen dritten Bezirk, wo es wesentlich gesitteter zugeht, und dann weiter die Donau entlang zur Provinzhauptstadt Carnuntum.

Hier aber, an der Hauptzufahrt zum Lager und bei der großen Kreuzung am Michaelerplatz, ist Tag und Nacht was los, und die nahe gelegene Wiese am Ballhausplatz ist so etwas wie die Jesuitenwiese heute: An schönen Tagen lungern Soldaten herum, die gerade frei haben, dazwischen spielen untertags die Kinder, ab und zu führt einer seine Ziegen an die Bachweide oder Pferde zur Tränke, am Abend geht in einer grölenden Runde der Weinkrug herum, und in der Nacht finden hier unkompliziert die Mädchen und ihre Freier zueinander.

Als das Lager im folgenden Jahrhundert an Bedeutung verliert und die Garnison schrumpft, wird es auch auf dieser Wiese ruhiger, und in der Folge richtet sich wohl die eine oder andere Familie am Bachufer – dem heutigen Minoritenplatz – einen Schrebergarten oder eine kleine Schafweide ein. Schließlich ziehen aber viele dieser Familien weg, die Buden und Wirtshäuser verfallen ebenso wie die schönen Villen in der Herrengasse mit ihren Badezimmern und Fresken. Das Gebiet rund um das Legionslager wird still, es verödet aber nicht ganz, sondern bleibt als einer der wenigen Teile des späteren Wien permanent besiedelt – auch in den kommenden dunklen Zeiten.

Denn im 5. Jahrhundert kommt die große Katastrophe über die Siedlung: Die Vandalen zerstören das, was vom Lager noch übrig ist, und die klein gewordene Stadt. Im Wesentlichen bleibt nur die Lager„burg“ im Bereich Judengasse/Sankt Ruprecht bestehen, die Lagervorstadt hin zum Ballhausplatz aber verödet völlig. Sie ist auch bald wie die Bauten an der Via Dominorum von einer Schicht aus Ruß und Schutt überzogen, der vormals gepflegte Anger am Ballhausplatz und die Felder ringsum verwildern und sind von Gestrüpp überwachsen.

Obwohl der Ort Vindobona an sich bestehen bleibt und ständig von etwa 1.000 Menschen bewohnt ist, verliert sich mehr als 400 Jahre lang jede überlieferte Spur und jede Dokumentation Wiens, und der trostlose Zustand der Ruinen-

## AM OTTAKRINGER BACH – DIE VORGESCHICHTE

siedlung, in deren wenigen noch erhaltenen festen Bögen und Gewölben man sich Hütten zusammensammelt, bleibt lange Zeit bestehen. In dieser Zeit hat sich der Ballhausplatz wahrscheinlich sukzessive in eine Aulandschaft verwandelt.

Die nächste Erwähnung der Stadt findet sich erst 881, als ein Scharmützel zwischen Franken und Magyaren „ad Weniam“ dokumentiert wird. Die Ungarn positionieren Militär im „Berghof“, der dann mehrfach zwischen ihnen und den Ottonen den Besitzer wechselt. 1023 findet im „Rückzugstädtchen“ Wien erstmals ein Hoftag statt, 1146 rettet sich Heinrich Jasomirgott hierher, aber es entsteht noch keine dauerhafte richtige Stadt. Das Gelände am Ottakringer Bach allerdings wird aufgrund seiner guten Lage langsam wieder zum bewirtschafteten Dorfanger, umliegend entsteht eine kleine Ansammlung von Hütten, und von Westen her weiten ein paar Dörfer (Nußdorf, Währing und Sievering) ihr Ackerland wieder bis zum Bereich der heutigen westlichen Ringstraße aus.

In dieser Zeit entwickeln sich in Wien jene drei Faktoren, die das Wesen einer mittelalterlichen Stadt ausmachen: Burg, Hoher Markt und Ruprechtskirche. Dies veranlasst wohl die Babenberger Mitte des 12. Jahrhunderts, ihre Residenz von Klosterneuburg an diesen verkehrsgünstigeren Ort in der Nähe des Ottakringer Bachs zu verlegen, was zum raschen Ausbau der Stadt führt. Die Grundstücke neben der Wiese am Ballhausplatz werden jetzt Planungsareal für die zu errichtende Burg des Herrschergeschlechts. 1137 stecken die Babenberger dafür die Grundrisse ab, die etwa die heutige Hofburg umfassen, allerdings ohne dass sie den Ballhausplatz selbst einbeziehen. Bis 1156 bleibt nämlich noch die Residenz Am Hof, im Schutz der römischen Mauerreste, bestehen.

1193 wird ein neuer Befestigungsring rund um die Stadt gelegt. Finanziert wird dieser aus dem Lösegeld, das die Babenberger für die Freilassung von Richard Löwenherz erhalten – immerhin 10 Tonnen Silber. Die neue Mauer umschließt das gesamte Gebiet der Hofburg und geht von da nach Westen weiter entlang des Ballhausplatzes und der ganzen heutigen Löwelstraße. Das Areal wird damit von einer Wiesen- und Felderlandschaft zu einem attraktiven, aber noch leeren Bauhoffnungsgebiet in der Stadt, die mittlerweile auf 12.000 Menschen angewachsen ist.

Als Erste investieren im Nordwestzipfel des eingefriedeten Areals die schottischen Benediktinermönche, die ihr Kloster ab 1155 an der Freyung bauen, die ja nun ebenfalls von der Stadtmauer geschützt wird. Gleich danach folgen – im allgemeinen Bauboom nach dem Mauerbau – unmittelbar am Bachufer die Minoriten; Herzog Leopold VI. holt sie 1224 nach Wien und gibt ihnen auf dem leeren Grundstück westlich der Burg einen Bauplatz für Kirche und Kloster. Dieser ist weit größer, als es der heutige Minoritenplatz erkennen lässt: Er reicht von der Löwelstraße über die Bankgasse fast bis zur Herrengasse und dann in einem großen Bogen bis zur Schauflergasse.

Noch immer ist der heutige Ballhausplatz selbst nicht bebaut, aber zunehmend mehr Menschen frequentieren den Platz und die hier neu gebaute kleine



Der Albertinische Plan von Wien, 1421/22. Rechts oben Burg und Minoritenkloster

Brücke über den Bach. Unter ihnen sehen wir auch prachtvoll in byzantinische Tracht gekleidete Höflinge, die das nun errichtete Gasthaus neben dem Minoritenkloster – also am Ort der heutigen Bruno-Kreisky-Gasse, direkt an der Fassade des heutigen Palaisgebäudes – aufsuchen.

1251 sind die Arbeiten am Bau des ersten Bauwerks am Platz, der Kirche „Zum Heiligen Kreuz“, abgeschlossen, um 1300 wird die Katharinenkapelle angefügt, im 14. Jahrhundert wird dann die Klosterkirche der Minoriten beträchtlich erweitert und an der Stelle, wo heute der Flügel des Haus-, Hof- und Staatsarchivs steht, wird das Konventsgebäude errichtet. Zwischen ihm und der Kirche baut man einen Kreuzgang, der bis an die heutige Metastasiogasse reicht.

Auch an der anderen Seite der Freifläche wird fest gewerkt: 1275 baut Ottokar II. Przemysl den Vierkanter der Hofburg direkt an die Stadtmauer – im Wesentlichen so, wie er heute noch den Schweizerhof umschließt.

Der weitere Bau des Hofburgkomplexes erfolgt in fünf, immer noch anhand der Bausubstanz gut erkennbaren Phasen: Als erste Erweiterung wird der – anfangs noch allein stehende – Cillierhof im 14. Jahrhundert hinter dem Turnierplatz errichtet; er wird später zur Amalienburg am Ballhausplatz umgebaut, und eine Reitschule ergänzt den Komplex (1575); um 1660 entsteht entlang der Stadtmauer der Leopoldinische Trakt als repräsentativer Anbau an die alte Burg, und mit dem Reichskanzleitrakt wird ein Jahrhundert später





Turnier anlässlich der Hochzeit von Karl von Innerösterreich und Maria von Bayern 1571, innerer Burghof, rechts die Amalienburg

(1723) der innere Burghof zur Gänze umschlossen. Nach der Schleifung der Stadtmauer errichtet man schließlich 1881 den ersten Teil der Neuen Burg – zur Fertigstellung des kompletten „Kaiserforums“ kommt es dann allerdings nicht mehr.

Doch im 14. Jahrhundert wird das Viertel trotz seines etwas düsteren Ambientes direkt an der Stadtmauer zunehmend zum „Hofviertel“, und der Ballhausplatz wird geschäftig: 1278 lässt Rudolf von Habsburg die Leiche Ottokars 30 Wochen lang in der Minoritenkirche aufbahnen, was für einigen Zulauf von Schaulustigen und Offiziellen sorgt. Margarete Maultasch wohnt im 14. Jahrhundert in einem Haus am Minoritenplatz, Adelsfamilien bauen Palais in der Herrengasse teilweise auf den römischen Villenruinen, wie im Fall des Palais Porcia, und die niederösterreichischen Landstände setzen sich dort repräsentativ fest. Die Bürgerschaft sorgt für wirtschaftlichen Aufschwung. Zu Ende des Jahrhunderts leben bereits 40.000 Menschen in der Stadt.

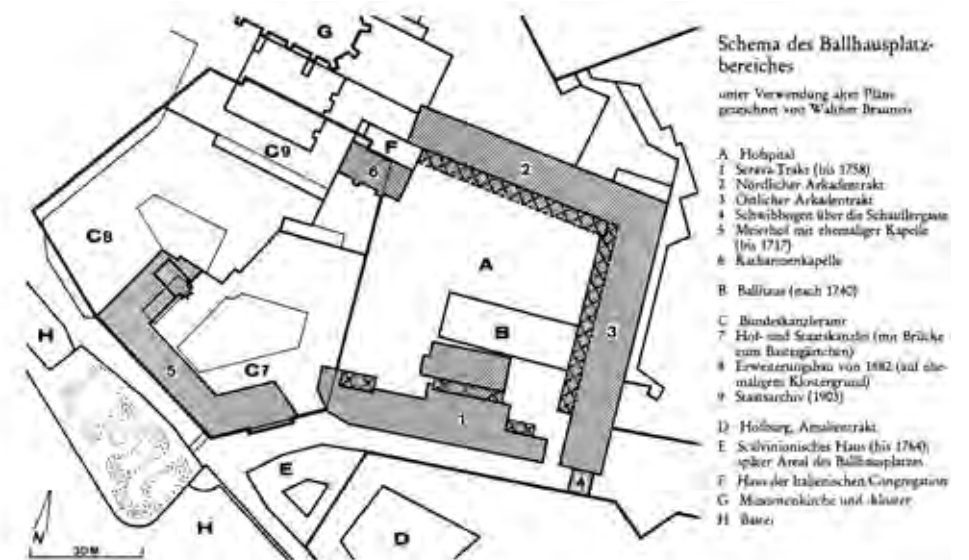
1350 wird endlich die große Minoritenkirche fertiggestellt. Ansonsten aber werden die Zeiten krisenhafter: 1421 werden in einem – behördlich mehr als geduldeten – Pogrom unzählige Juden ermordet. Mehrfach fallen die Hussiten ein. Auf dem Areal der heutigen Amalienburg geraten die Grafen von Cilli und der Cillierhof in ein schlechtes Licht: Der Graf spielt in diesen turbulenten

Jahren eine politisch zwielichtige Rolle, und allerlei Freischärler und Desperados treiben sich auf dem Ballhausplatz herum. Nach dem Aussterben der Familie Cilli wird das Gebäude vom Hof zunächst auch nicht mehr für Wohnzwecke genutzt, sondern bloß als Geschützdepot verwendet.

Zur Zeit der ersten Hofburgerweiterung entstehen zwischen dem Minoritenkloster und dem Bach ein zweiter Klosterhof, ein neues Refektorium, ein Dormitorium und schließlich der Gutshof direkt an der Stelle des späteren Palais am Ballhausplatz. Wo sich heute der Eingangsbereich befindet, steht schon seit Längerem die Pfisterei – die Bäckerei des Klosters (vom lateinischen *pistor* = Bäcker), die 1347 explizit erwähnt wird –, und an der Stelle des (in seiner letzten Zeit übel beleumdeten) Gasthauses wird das Haus des Provinzials errichtet.

Die Situation in der Stadt wird allerdings immer unsicherer: 1460 bis 1465 tobt ein veritabler Bürgerkrieg, 1519 bis 1527 schlagen die Habsburger mehrere Aufstände des Bürgertums blutig nieder, zahllose Hinrichtungen von Bürgermeistern, Lutheranern, aber auch unzuverlässigen Adligen kennzeichnen diese Phase ihrer brutalen absoluten Herrschaft über die Stadt. Dennoch scheint auch in dieser Welt zumindest für die Herrschenden das Vergnügen nicht zu kurz zu kommen: Genau in dieser Zeit vor 1520 errichten die Habsburger das erste Ballhaus hinter dem Cillierhof, um dort einem aus Spanien importierten Vergnügen zu frönen, das darin besteht, mit löffelförmigen hölzernen Schlägern einen aus Stoff zusammengenähten kleinen Ball hin und her zu schupfen. Das ist also das erste Mal, dass an dieser Stelle ein Ballhaus steht, das später dem Ort

Plan des Ballhausplatzareals vor 1717







Die Belagerung von Wien 1683, links oben der Minoritenplatz

den Namen geben sollte – allerdings gibt es rundum noch keinen „Platz“, sondern nur eine krumme Gasse, die an der Sporthalle vorbeiführt.

Das Ballspiel, vor allem das in geschlossenen Räumen gespielte *courte paume*, wurde vom französischen Hof importiert. Es ist das Spiel der Könige, denn nur der hohe Adel hat die Muße und die Geldmittel dazu. Es wird zunächst mit der flachen Hand gespielt, erst im 16. Jahrhundert setzen sich die Schläger, die sogenannten *raquettes*, durch. Ludwig XIV., der Sonnenkönig, spielt es ebenso wie Heinrich II., da können die Habsburger nicht abseits stehen, und die Sportart hält sich über Jahrhunderte – Napoleon III. errichtet sogar noch 1862 das Jeu de Paume im Zentrum von Paris –, was sich daran zeigt, dass immer wieder, auch in Wien, neue Ballhäuser gebaut werden.

1525 zerstört in der kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt ein Großbrand 416 Häuser, darunter auch den Cillierhof und das erst jüngst errichtete hölzerne Ballhaus nach recht kurzer Nutzungszeit. Ein neues Ballhaus ist also nötig, es entsteht aber erst Jahre später an anderer Stelle, nämlich am Rand des heutigen Michaelerplatzes. Rund um den Ballhausplatz aber kehrt zunächst wieder einmal eine dumpfe Ära der Zerstörung, Angst und Not ein.

Denn jetzt kommen Kriegszeiten: 1529 belagern die Türken erstmals die Stadt, und das betrifft unmittelbar auch das Gelände des heutigen Ballhausplatzes. Als deren Heer vor Wien anrückt, lässt nämlich Graf Salm jenseits der Mauer vorsorglich die Vorstadt niederbrennen. Vom 27. September bis zum 14. Ok-

tober toben die Gefechte direkt an den Mauern, Minen werden gelegt, Breschen in die Befestigungen geschlagen, und auch der Ballhausplatz wird unmittelbares Frontgebiet im Häuserkampf und in den unterirdischen Gängen.

Man kann sich auch gut vorstellen, dass die am Stadtrand über die Mauer hinausragende Minoritenkirche ein beliebtes Objekt für Zielschüsse der Artillerie des Sultans ist. Der hohe, schlanke Turm, der vor der imposanten Ostfassade anstelle eines Mittelchors steht, verliert seine Spitze – zum ersten Mal. Erst 1633 wird diese Spitze des Turms wiederhergestellt werden, aber auch 50 Jahre später während der Zweiten Türkenbelagerung muss der Turm wieder als Zielscheibe erhalten. Er verliert erst seine Glocken und dann zum zweiten Mal die Spitze. Den wackligen Rest bedroht 1761 ein starker Sturm, und da reicht es den Kirchenvätern: Der zerstörte Helm wird durch ein flaches Kegeldach ersetzt, mit dem es keine Probleme mehr geben sollte und das wir heute noch immer in diesem geduckten Zustand sehen, obgleich wohl keine Gefahr seitens einer morgenländischen Artillerie mehr droht.

Nachdem es 1529 gelungen ist, die Türken zurückzuschlagen, wird ein weiterer Ausbau der Stadtmauer durchgeführt. Die neue Mauer mit fünf Toren und 19 Türmen verläuft innerhalb der heutigen Ringstraße im Bereich des Ballhausplatzes am äußeren Rand der Löwelstraße, und sie ist fast zwei Stockwerke hoch. Vor der Stadtmauer befindet sich der tiefe Burggraben, der in Friedenszeiten mit Futtergras bepflanzt wird und in dem Fischteiche angelegt sind. Mächtige Befestigungswerke verstärken die Mauer, eine davon unmittelbar vor dem Ballhausplatz.

1537 erwirbt Don Diego de Serava, Zuchtmeister Seiner Majestät Edelknaben und ein sozial engagierter Höfling, den östlichen Garten des Minoritenklosters, das ist etwa der Platz des heutigen Innenministeriumsgebäudes und der halbe Platz davor bis zum U-Bahn-Abgang. Er beginnt sofort mit dem Bau eines Spitals, welches das alte Hofspital ersetzen soll. Kaiser Ferdinand und seine Frau Anna schätzen die Initiative und stiften 1545 36 Betreuungsplätze im Gegenwert von 1.200 Gulden (das entspricht etwa 120.000 Euro) jährlich zur Aufnahme von Invaliden und Siechen, was auch notwendig wird, da 1529 die außerhalb der befestigten Stadtmauern gelegenen Spitäler und Siechenhäuser bei der Belagerung Wiens durch Sultan Süleyman und sein Heer völlig zerstört worden sind. Als Anna 1547 bei der Geburt ihres fünfzehnten Kindes stirbt, vermachte sie dem Spital auch noch die Einkünfte der Herrschaft Wolkersdorf.

Um 1540 wütet – nicht zum ersten Mal – die Pest in der Stadt, und auch die folgenden Jahrzehnte sind alles andere als ruhig oder friedlich, sodass Wien für mehr als ein Jahrhundert bei einer Einwohnerzahl von 50.000 stagniert. Dennoch wird im 16. Jahrhundert – mitten im heutigen Bundeskanzleramt – der zweite, kleine Kreuzgang des Minoritenklosters errichtet.

1547 zeigt der Stadtplan von Bonifazius Wolmuet schon die fertige Gestalt des ersten Hofspitalbaus und seiner Umgebung am Ballhausplatz: einen langen ebenerdigen Bau entlang der Schauflergasse, von dem einige Flügel nach hinten hin-



## AM OTTAKRINGER BACH – DIE VORGESCHICHTE

ausgehen. Schon bald wird die Anlage allerdings zu klein, und außerdem soll sie modernisiert werden. Auch soll ein Meierhof die Spitalsversorgung sicherstellen. Daher beginnt man 1550 auf den bisherigen Gründen der Minoriten mit dem Bau einer vierflügeligen, zweigeschoßigen Anlage mit prächtigen Arkaden um einen quadratischen Innenhof, die über das bestehende Grundstück hinausgehen soll. Die Minoriten müssen daher noch ein Stück Weingarten (an der Stelle des heutigen Muhr-Brunnens) abtreten, ihre Katharinenkapelle wird Spitalskirche, und mit den Dietrichsteins wird gar wegen einer illegal zugebauten Ecke prozessiert.

1564 sind zwei Flügel des neuen Spitalbaus fertiggestellt – und dabei bleibt es dann auch, weil Geld und Gründergeist zu Ende gehen. Die Front zur Schauflergasse bildet somit weiterhin der alte Langbau, zur Minoritenkirche hinüber bleiben noch alte Peripherieanbauten bestehen, und an der Südflanke verbleibt die Meierei – ein veritabler Bauernhof mit Stall, Heustadl und Schlachthaus exakt an der Stelle des späteren Palais. Der Meierhof beliefert bis ins 18. Jahrhundert die Kaiserkinder mit frischer Milch, die man in der Silberkanne über den heutigen Ballhausplatz trägt.

1559 bis 1620 nehmen Protestanten die Minoritenkirche gewaltsam in Besitz – die Schäden sind noch heute am rechten Seitenportal zu erkennen. Und von 1575 bis 1610 wird am Ballhausplatz auf den Fundamenten des Cillierhofs in mehreren Bauetappen, immer wieder unterbrochen durch finanziell bedingte längere Pausen, die Amalienburg in ihrer heutigen Gestalt errichtet.

Das Spital hingegen scheint schlecht geführt zu werden. Während des Dreißigjährigen Krieges ist es unterbelegt – so quartiert sich die Kammerregistratur in ein paar Zimmern ein, und sie geht bis zum Neubau des Haus-, Hof- und Staatsarchivs aus dem Hintertrakt nicht mehr hinaus. Der alte Trakt zur Schauflergasse wird hingegen immer baufälliger. Die Ecke hinter der Hofburg bei der Bastei mit der zerbröselnden Spitalsfassade und dem alten Bauernhof verkommt zusehends.

Erst nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges geht es langsam wieder aufwärts. Am Ballhausplatz ist das wieder an einer Großbaustelle zu merken, diesmal zur Errichtung des Leopoldinischen Trakts der Hofburg, mit dem der Komplex der alten Burg mit der bisher abseits stehenden Amalienburg verbunden wird.

Die Aufbauphase, die zu einer vollständigen Verbauung der Fläche innerhalb der Mauern führt, geht allerdings nicht lange ungestört voran. 1683 sind die Türken wieder da – und die Habsburger fliehen samt ihrem Hof nach Linz. Die Hofburg und die Wiener Bürger müssen sich in diesen heißen Sommertagen erneut selbst verteidigen.

Am 7. Juli schlagen die Türken die Kavallerie vernichtend vor der Stadt. Ab 14. Juli nehmen 250.000 Mann die Belagerung auf, am 16. Juli wird der Belagerungsring geschlossen, und ausgerechnet das Mauerstück beim Ballhausplatz wird aufgrund des militärisch gut gelegenen freien Glacis davor eines der Hauptziele der Angriffe und damit direktes Operationsgebiet. Die Belagerer graben zahlreiche Laufgräben bis zur Stadtmauer und sogar Tunnels unter der Mauer



Reste der Arkadenbögen des Hofspitals

durch bis unter das heutige Palais und in Richtung der Palais Dietrichstein und Starhemberg (heute Bildungsministerium), in dem der alte Fürst sogar einmal das Briefeschreiben unterbricht, weil er unter sich dumpfes Grollen zu verspüren glaubt. Anfang August richten zwei gewaltige Explosionen große Schäden im Bereich des heutigen Volksgartens an. Am 4. September sprengt direkt bei der Burgbastei und beim Burgravelin (in der heutigen Volksgartennische und vor dem Bellariator der Hofburg) eine starke türkische Mine ein riesiges Loch in die Stadtmauer. Am 9. oder 10. September erfolgen weitere Sprengungen. Infanteristen drängen durch die Breschen herein, binnen kürzester Zeit entbrennen hier, wo heute die östliche Ecke des Volksgartens das Deserteursdenkmal umschließt, zwischen Heldenplatz und Schauflergasse und am gesamten Ballhausplatz die schwersten Kämpfe der ganzen Belagerungszeit. Der Burgravelin muss dabei zeitweilig aufgegeben werden, die Löwelbastei wird letztendlich gesprengt.

Buchstäblich in letzter Sekunde vor dem endgültigen Zusammenbruch der Verteidiger kommt aber am 12. September um 5 Uhr früh doch noch das Entsatzheer und rettet Wien, weil die vom Nachschub abgeschnittenen türkischen Truppen Reißaus nehmen. Der Ballhausplatz aber ist ein blutiges Schlacht- und Trümmerfeld, das erst mühsam wiederhergestellt werden muss.





Löwel- und Burgbastei, aus der Ansicht von Wien nach Folpert von Allen, 1680



## AM OTTAKRINGER BACH – DIE VORGESCHICHTE

Aber nicht nur in baulicher Hinsicht besteht Renovierungsbedarf, auch der Staat verlangt dringend Reformen. Diese sind einerseits auf militärischem Gebiet notwendig, wie man gesehen hat, andererseits ist aber auch das Finanzwesen auf solidere und effizientere Fundamente zu stellen, und schließlich erkennt die Führungselite, dass es angesichts der Größe des Staates und der habsburgischen Reichsverwaltung an der Zeit ist, die öffentlichen Angelegenheiten nicht mehr en famille zu besorgen – vielmehr muss eine professionelle, auf Dauer organisierte staatliche Struktur her.

Die vormalige Pfisterei ist irgendwann davor in kaiserlichen Besitz übergegangen, möglicherweise bereits 1551 – aber das lässt sich nicht so präzise nachvollziehen. Jedenfalls gibt es hier schon ein kleines Verwaltungsgebäude, das gegen 1700 „römisch-kaiserliche geheime Hofkanzlei“ genannt wird. Wenige Jahre später wird es allerdings wegen seiner Bauqualität abgerissen, und damit wird das Areal völlig frei. Auch der frühere Bauernhof des Hofspitals daneben ist nicht mehr in bestem Zustand.

Dennoch ist diese Gesamtfläche sehr beengt, denn vis-à-vis vor der Amalienburg duckt sich noch ein weiteres Gebäude, das niedrige dreieckige Haus des Reichsfreiherrn Scalvinioni. An der Südseite engt die düstere hohe Mauer den Platz ein, und gegen den Komplex der Minoriten hin ragen gleich

Kämpfe in den Minen unter dem Ballhausplatz 1683



Stadtplan von Wien 1547, unten links an der Stadtmauer die leere Fläche des Bauplatzes für die spätere Staatskanzlei

mehrere Baukörper unterschiedlicher Gestalt und Höhe in den Platz herein. Über die Schauflergasse führt ein zunächst hölzerner Gang von der Hofburg ins Kaiserspital, der um 1700 durch einen gemauerten Bogen ersetzt wird.

Als nun 1707 ein Teil des Spitalsgebäudes abbrennt, denkt man erstmals daran, den Meierhof gänzlich zu verlegen, da seine Heu- und Strohvorräte ein zusätzliches Brandrisiko darstellen. 1711 entdeckt man schwere Schäden am Arkadengang des Spitals und muss die Bögen wegen Einsturzgefahr zumauern. 1717 muss man schließlich erkennen, dass der Meierhof auch aufgrund seiner schlechten Bausubstanz nicht mehr wirklich zu erhalten ist, selbst wenn man dafür in Kauf nehmen muss, dass nach einem Abriss die frische Milch für die jungen Herrschaften nicht mehr täglich über den kleinen Platz zugeliefert werden kann. So werden die Pläne immer konkreter, hier ein neues Hofkanzlei-gebäude zu errichten.

Doch wer auch immer hier an eine Verbauung mit einem einigermaßen repräsentativen Haus denkt und was auch immer dieses für eine Funktion haben soll, eines ist klar: Es gibt hier zwar ausreichend Platz, aber es wird einen wirklich guten Architekten brauchen, um auf diesem unregelmäßigen, eingquetschten Restbaugrund in denkbar schlechter Lage etwas Ordentliches zustande zu bringen. Nichtsdestotrotz plant man am Hof Karls VI. bereits recht konkret ein repräsentatives Kanzlei-gebäude an genau dieser Stelle.



Die Wahlniederlage der SPÖ am 3. Oktober 1999 bedeutet für das Palais am Ballhausplatz eine der schwerwiegendsten und spürbarsten Zäsuren der Zweiten Republik. Unmittelbar nach dem Wahltag legt sich zunächst eine bleierne Lähmung über die Personen und Aktivitäten des Kanzlerkabinetts. Niemand in der Umgebung Viktor Klimas, und auch dieser selbst nicht, hat eine Vorstellung, wie es nun weitergehen soll. Eine Fortsetzung der großen Koalition wie bisher scheint am wahrscheinlichsten, führt doch die SPÖ mit sieben Prozent vor der ÖVP, doch niemand dort will noch einmal diese Regierungsform, und die ÖVP legt sich offiziell auf die Oppositionsrolle fest. Eine Minderheitsregierung wird ebenfalls überlegt, scheint jedoch wenig realistisch. Eine Kooperation der SPÖ mit den Grünen hat keine parlamentarische Mehrheit, und eine Zusammenarbeit mit der FPÖ wird am Ballhausplatz nicht ernstlich in Erwägung gezogen – obwohl sie von anderen in der Partei durchaus als Option gesehen wird. Die Abläufe im Kanzleramt in den letzten Wochen des Jahres, nachdem Klima am 9. Dezember offiziell mit der Regierungsbildung beauftragt wird, wirken seltsam. Es finden zwar Verhandlungen, Fraktionssitzungen und Ministerräte statt, als wäre nichts Besonderes geschehen, die Routinearbeit geht weiter, aber es gibt offensichtlich keinen handlungsfähigen Entscheidungsträger und keine Strategie mehr.

In der zweiten Jännerwoche 2000 wird es dramatisch. Die Koalitionsgespräche zwischen SPÖ und ÖVP geraten ins Stocken, das Gesprächsklima wird frostig. Am 20. Jänner scheitern die Regierungsverhandlungen. Hintergrund sind Gerüchte über Parallelverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ, die Forderung der ÖVP nach Übernahme des Finanzressorts und dass auch die Vertreter der Gewerkschaft den Regierungspakt vorbehaltlos unterzeichnen müssen, was der ÖGB-Vertreter ablehnt. Noch einmal beauftragt Bundespräsident Thomas Klestil Viktor Klima mit der Regierungsbildung, doch dann geht alles ganz schnell: Binnen einer Woche einigen sich FPÖ und ÖVP auf ein Regierungsprogramm. Das EU-Ausland äußert daraufhin schwere Bedenken gegen eine solche Koalition. Die ÖVP bringt daher im noch amtierenden „alten“ Ministerrat den



Bundeskanzler Wolfgang Schüssel und Bundespräsident Thomas Klestil bei der Angelobung am 4. Februar 2000

Antrag ein, diese Kritik zurückzuweisen, was seitens der SPÖ nur mehr als Demütigung empfunden werden kann. Dennoch glaubt man dort noch immer, dass die massive ausländische Kritik und der Bundespräsident eine schwarzblaue Regierung letztlich verhindern werden. Doch diese Annahme stellt sich als unrealistisch heraus. Am 1. Februar um 22 Uhr einigen sich Schüssel und Haider formell auf die neue Bundesregierung – der Bundespräsident muss sie aufgrund ihrer parlamentarischen Mehrheit akzeptieren und kann nur mehr eine EU-freundliche Präambel der Regierungserklärung erreichen und zwei der vorgeschlagenen Minister ablehnen.

Der Amtsantritt am 4. Februar ist von dramatischen äußeren Umständen begleitet: Am Vormittag verabschiedet sich Klima im Kongresssaal von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Hauses, Tränen fließen, und sein Appell „Passt mir gut auf dieses Österreich auf“ entbehrt nicht einer gewissen Theatralik.

Dann trifft sich knapp vor Mittag die neue Mannschaft im Zimmer des Außenministers und designierten Kanzlers Schüssel. Wie seit jeher ist im Grauen Ecksalon und im Ministerratssaal Kaffee vorbereitet, weil man von hier geschlossen zur Angelobung hinüber in die Hofburg geht – gemeinsam mit dem Präsidialbeamten, der das Schreiben des Kanzlers mit den Ministervorschlägen in seiner Mappe trägt. An diesem Tag hat sich aber auf dem Ballhausplatz eine





Unterirdischer Verbindungsgang vom Ballhausplatz in die Amalienburg

große Zahl von Demonstranten versammelt, und so wird entschieden, durch den unterirdischen Gang hinüber in die Amalienburg zur Angelobung zu gehen. Viel ist seither in diesen Gang unter der Erde hineingeheimnisst worden, tatsächlich aber ist die Sache recht unspektakulär: Die Bundesregierung benutzt einfach jene Verbindung des Palais zum Amalienstrakt, die täglich alle Mitarbeiter benutzen, die in die Kantine Mittagessen gehen. Von diesem Gang führen eine Tür und ein kurzer Weg durch Kellerräume in den Leopoldinischen Trakt, und von hier aus gelangt man mit dem Lift direkt zum Bundespräsidenten.

Die ersten Wochen der neuen Bundesregierung sind von internationalen wie innerstaatlichen Protesten und Kritik geprägt. Das merkt man natürlich auch am Ballhausplatz, wo sich wöchentlich Demonstranten sammeln und im Haus die hektischen Aktivitäten, dieser Bewegung entgegenzuwirken, zunächst alles andere überdecken. Wider Erwarten kommt es aber zu keinen Ausquartierungen oder feindseligen Entfernungen von Beamten oder früheren Kabinettsmitarbeitern. Der neue Kanzler ist offenbar bestrebt, im eigenen Haus Stabilität und Funktionsfähigkeit jenes Apparats zu bewahren, den er ja gut kennt und den er auch routiniert einzusetzen vermag. So gibt es nicht einmal wesentliche Änderungen in der Geschäftseinteilung, geschweige denn bei den Spitzenbeamten.

Dennoch ist erkennbar, dass man im Haus mit vermeintlich sozialdemokratischen Traditionen brechen will. Sehr rasch erklärt der Kanzler, aus dem bisherigen holzvertäfelten Dienstzimmer ausziehen zu wollen und bestimmt das alte Metternich'sche Büro im Südflügel zu seinem neuen Domizil. Der Raum wird

umgehend adaptiert, von Brokat und Verzierungen befreit und steht binnen weniger Wochen dem Bundeskanzler zur Verfügung. Er wird auch nach den Regierungen Schlüssel das Büro des Bundeskanzlers bleiben. Auch der Erinnerungsort an den Dollfuß-Mord im Marmorecksalon wird wieder mit dessen Bild dekoriert.

Naturgemäß zieht ein neues Kanzlerkabinett ins Haus ein, es entspricht aber in Umfang, Zuständigkeiten und Raumnutzung weitgehend dem vorherigen – nur die Personen sind andere und kommen zum Großteil nicht aus der Verwaltung oder aus dem Haus.

Im Amalienstrakt residiert jetzt ein Staatssekretär, der offenbar nach innerparteilichen Turbulenzen um einen anderen personellen Vorschlag erst in den letzten Stunden vor der Angelobung geradezu aus dem Hut gezaubert werden musste – Franz Morak ist nun für die Kulturangelegenheiten zuständig, die wie zu sozialdemokratischen Zeiten im Kanzleramt verbleiben.

Als Chefin der freiheitlichen Regierungsmannschaft wird Susanne Riess-Passer Vizekanzlerin, für die aber nur ein sehr kleines Ressort, Sport und öffentlicher Dienst, definiert wird. Offensichtlich ist die FPÖ mit den verfassungsrechtlichen Details und Rahmenbedingungen überfordert, denn zunächst erweckt die neue Vizekanzlerin den Eindruck, als sähe sie sich als Parallel-Ressortchefin im Bundeskanzleramt. Als man ihr klarmacht, dass es kein „Vizekanzleramt“ gibt (die Terminologie hält sich hartnäckig noch für Jahre), die Ressortführung beim Bundeskanzler liegt und für sie nur die Alternative einer Bundesministerin im Bundeskanzleramt oder eines eigenen Miniressorts besteht, das administrativ dem Bundeskanzleramt angegliedert sein soll, sorgt das für Verwunderung. Das Modell, das sich an die Konstellationen der 1950er-Jahre anlehnt, als der Vizekanzler ressortlos am Ballhausplatz saß, ist für die Freiheitlichen nicht akzeptabel.

So wird also ein neues Bundesministerium „für öffentliche Leistungen und Sport“ aus dem Bundeskanzleramt herausgelöst und bleibt lediglich topografisch mit diesem verbunden, weil es seinen Sitz im Palais Dietrichstein bezieht. Der Apparat besteht aus der vom Finanzministerium abgetretenen Personalsektion und der zu einer Sektion aufgewerteten Gruppe Sport aus dem Bundeskanzleramt. Dazu gibt es einige wenige weitere Planstellen für das Ministerkabinett.

Das Nebeneinander mehrerer „Chefs“ ist am Ballhausplatz allerdings keine Seltenheit. Wie in keinem anderen Ressort gab es hier immer wieder und sehr konstant einen oder mehrere Staatssekretäre und einen Bundesminister ohne eigenen Verwaltungsapparat, der auf Teile der Aufgaben und der Organisationsstruktur des Bundeskanzleramtes zurückgreift.

Die Kanzleramtsminister haben eine Tradition bereits in der Ersten Republik, als sie zumeist die Aufgaben des Öffentlichen Sicherheitswesens führten, dann in den Jahren unmittelbar nach 1945 – Erwin Altenburger – und vor allem



## DAS NEUE JAHRTAUSEND

in den Jahren der Kanzlerdominanz. Jetzt wird dies eben in abgewandelter Form fortgesetzt – und auch später, nach dem Regierungswechsel von 2007, kehrt man mit Doris Bures (Frauenangelegenheiten und Medien), Gabriele Heinisch-Hosek (Frauenangelegenheiten und öffentlicher Dienst), Josef Ostermayer und Thomas Drozda (jeweils Verwaltung, Medien, vor allem aber Kunst) wieder zu diesem System zurück.

In die Zeit der Wende von der großen zur ÖVP-FPÖ-Koalition fällt auch die aus technischen Gründen notwendig gewordene Generalrenovierung des Haus-, Hof- und Staatsarchivs. Sie ruft zunächst eine Diskussion hervor, ob es nicht sinnvoll wäre, diesen baulichen Hintertrakt des Palais funktional in das Bundeskanzleramt einzubeziehen und Büroräume zu schaffen. Für die Bestände des Archivs ist ja im Neubau des Staatsarchivs in Erdberg ausreichend Platz. Gegen eine derartige Umwidmung legt sich aber der Denkmalschutz quer, und es kann nur eine vergleichsweise kleine Änderung der Nutzung erfolgen – die ehemaligen Werkstätten im obersten Geschoß, die nicht mehr benötigt werden, werden zu einem Veranstaltungssaal, dem sogenannten Dachfoyer, mit der notwendigen Peripherie und einem Durchgang in den vierten Stock des Bundeskanzleramtes umgestaltet.

In der Regierung Schüssel I geht die Dynamik der Politik wieder klar vom Ballhausplatz aus. Regierungskonzepte, die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung, Initiativen zur Verwaltungsreform und zur Budgetkonsolidierung, eine neue Informationsstrategie werden hier entwickelt und präsentiert. Der Ballhausplatz nimmt auch Projekte in die Hand, für die es eigentlich keine klare Zuständigkeit im Bundesministeriengesetz gibt – wie etwa die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus oder die Veranstaltung von Gedenkjahren anlässlich runder Jubiläen wichtiger Ereignisse der republikanischen Geschichte. Schüssel steuert mit Härte die Ressortchefs seiner Fraktion und akkordiert sich in jenen Fragen, die für ihn wichtig sind, bis ins Detail mit der Vizekanzlerin und dem Finanzminister. Ansonsten lässt er den FP-Ministern freie Hand.

Dennoch ist diese Phase eine schwierige Zeit für den Bundeskanzler und sein Haus. Und das nicht nur wegen der internationalen Isolierung, die besonders im EU-Kontext schmerzlich erfahrbar ist. Auch innenpolitisch verläuft die Entwicklung alles andere als ruhig und konstruktiv, da sich die Parteiführung der FPÖ unter Haider immer stärker zur Opposition gegen die eigene Regierungsfraktion entwickelt. 2002 kommt es schließlich zum Bruch, als Anfang September ein Sonderparteitag der FPÖ in Knittelfeld, bei dem es vordergründig um eine verschobene Steuerreform, de facto aber um eine Abrechnung mit der Regierungspolitik geht, der Regierungsfraktion das Misstrauen ausspricht. Vizekanzlerin Riess-Passer, Finanzminister Karl-Heinz Grassler und Klubobmann Peter Westenthaler erklären daraufhin in einem dramatischen Pressegespräch im Palais Dietrichstein ihren Rücktritt. Die anschließende Abschiedsparty der Erfolgsleute hinterlässt noch lange sichtbare Spuren in den Räumen. Trotz die-



Das neue Dachfoyer im Haus-, Hof- und Staatsarchiv

ses Paukenschlags bleiben die ehemals freiheitlichen Ressortchefs aber noch monatelang in ihren Ämtern.

Bei den durch die FPÖ-Turbulenzen veranlassten Neuwahlen verliert aber die FPÖ schwer, die ÖVP gewinnt deutlich, und wieder werden am Ballhausplatz Koalitionsverhandlungen zwischen ÖVP und der leicht gestärkten SPÖ aufgenommen. Schüssel führt Anfang Dezember zunächst mit der SPÖ, dann mit der FPÖ und schließlich mit den Grünen Sondierungsgespräche. Diese ziehen sich hin, und wieder ist die Situation im Haus mehr als unübersichtlich – jeden Tag scheint es eine neue Regierungsoption zu geben, dauernd gibt es Parallelgespräche. Wieder ist bis Mitte Februar die Situation am Ballhausplatz von Spekulationen geprägt. Erst dann werden die schwarz-grünen Verhandlungen als gescheitert abgebrochen, wenige Tage später platzen die sogenannten Intensivgespräche mit der SPÖ, und Ende Februar steht eine Neuauflage der schwarz-blauen Koalition fest.

In dieser sind jetzt allerdings der Bundeskanzler und das Kanzleramt stärker als zuvor. Man hat sich die Beamten- und Sportkompetenzen wieder zurückgeholt, und der neue Vizekanzler Herbert Haupt führt ein eigenes anderes Ressort, hat also weniger Kapazitäten für die Gesamtkoordination und Agenden des Ballhausplatzes frei. Zudem ist der weiteramtierende Finanzminister de facto Teil der ÖVP-Fraktion und damit vollständig vom Bundeskanzler abhängig. Wieder werden ambitionierte Reformprogramme initiiert, eine konturierte Gestalt nehmen allerdings nur zwei große Projekte an. Eines ist der Verfassungskonvent, in dem das Bundeskanzleramt aber trotz seiner Zuständigkeit keine wesentliche Rolle wahrnimmt, die Arbeit wird nämlich von einem eigenen Stab im Parlament koordiniert. Als der Konvent dann aber seine Ergebnisse abliefern, ist es doch der Verfassungsdienst, der die Beschlüsse zu Rechtsbereinigung, B-VG-Novellierung und Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit umsetzt. Das Zweite ist eine für ganz Europa beispielgebende Initiative des





Das neue Amtsgebäude des Außenministeriums, Minoritenplatz 8, nach seinem Auszug aus dem Palais am Ballhausplatz

Kanzlers und seines Amtes, eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung einzuleiten, E-Government und elektronische Verwaltungsservices einzurichten und zu perfektionieren. Auf diesem Feld erreicht Österreich in wenigen Jahren den Spitzenplatz in der EU. Der Ballhausplatz kann wieder einmal eine Verwaltungsreform von grundsätzlicher Bedeutung vorweisen.

2005 vollzieht sich in der Nutzung des Hauses eine historische Änderung: Das Außenamt zieht nach 288 Jahren aus dem Palais aus, weil in der ehemaligen niederösterreichischen Landesstatthalterei und im Landhaus am Minoritenplatz Raum freisteht, der sich für eine Zusammenziehung seiner verstreuten Dienststellen gut eignet. Zusätzlich bietet diese Lösung auch den Vorteil, dass sich das Bundeskanzleramt räumlich konzentrieren kann, was Einsparungen im Infrastrukturaufwand zur Folge hat. Bei dieser Gelegenheit verschwindet auch eine Gedenktafel aus dem Eingangsbereich des Hauses, die jenen Angehörigen des österreichischen auswärtigen Dienstes gewidmet war, die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden.

In dieser Legislaturperiode sind auch die Jubiläen des Jahres 2005 (60 Jahre Zweite Republik und 50 Jahre Staatsvertrag) sowie die zweite EU-Ratspräsidentschaft wichtige Themen für den Außenauftritt und die Arbeit am Ballhaus-

platz. Vor allem bei letzterem Ereignis erstrahlt das Palais wieder einmal für einige Tage im internationalen Glanz. Für diese repräsentativen Ereignisse muss der bereits recht zerschlissene große Teppich im Kongresssaal ersetzt werden, den seinerzeit der Sultan dem Kaiser anlässlich der Weltausstellung mitgebracht hat und der seit der Nachkriegszeit hier liegt. Er ist so irreparabel beschädigt, dass man sich dafür entscheidet, einen neuen mit identem Muster knüpfen zu lassen, wobei nicht ganz unerwartet ein türkisches Unternehmen die internationale Ausschreibung gewinnt.

Die Regierungszeit Schüssel II ist von einer beträchtlichen Fluktuation von Ressortministern und Staatssekretären insbesondere in der freiheitlichen Fraktion geprägt. Drei Innenminister, je zwei Vizekanzler, Sozialminister, Justizminister und Außenminister, neun Staatssekretäre und zwei Parteienamen der kleineren Regierungsfraktion werden in knapp fünf Jahren verbraucht. Gegen Ende der Funktionsperiode und nach den sozialdemokratischen Wahlsiegen bei der Bundespräsidentenwahl und einigen Landtagswahlen ist auch erkennbar, dass selbst im stabilsten Ressort, im Bundeskanzleramt, die Dynamik erlahmt und ernsthaft damit gerechnet wird, dass die Führungsrolle der ÖVP bald zu Ende gehen könnte.

Die Zahl der Staatssekretäre und Staatssekretärinnen im Kanzleramt ist auch in dieser und in den folgenden Perioden beachtlich. Nach Franz Morak (Kunst und Kultur) ziehen Karl Schweitzer und Reinhold Lopatka (Sport), Heidrun Silhavy (E-Government und Regionalpolitik), Josef Ostermayer (Medien und Verwaltung), Andreas Schieder, Sonja Stefl und Muna Duzdar (jeweils Öffentlicher Dienst und Budgetkoordinierung) in die Räume des Bundeskanzleramtes in der Hofburg ein.

Das Nebeneinander von mitunter bis zu fünf Regierungsmitgliedern im Haus, nämlich Kanzler, Kanzleramtsminister und Staatssekretäre, bringt logistische Herausforderungen mit sich. Immerhin muss für jeden von ihnen eine adäquate Raumgruppe gefunden werden, die auch die stets wachsende Entourage beherbergen kann. Hier hilft die alte Baustruktur allerdings sehr, da im Palais Dietrichstein eine klassizistische Beletage zur Verfügung steht, in der schon Castlereagh während des Wiener Kongresses standesgemäß residieren konnte; im Amalientrakt gibt es die alte Gästewohnung der Kaiserin Elisabeth, die zu Kongresszeiten Zar Alexander bewohnt hat; im Reichskanzleitrakt schließlich existiert eine Zimmerflucht über dem alten Thronsaal, die ausreichend repräsentativ ist; und im Haupthaus sind seit jeher die Kanzlerräume und die Amtsräume des Außenministers als getrennte Einheiten verfügbar.

Doch diese Kumulation von Chefs ist nicht nur eine organisatorische, sondern auch eine rechtliche Herausforderung, die präzise Kenntnis der verfassungsrechtlichen Grundlagen, der Zuständigkeiten und Rechte ist ein absolutes Muss für das Personal des Hauses. Die Beamtenschaft beherrscht diese Materie auch in ausreichendem Maß, nur die Politiker selbst und vor allem ihre Büro-



mitarbeiter haben immer wieder Verständnisschwierigkeiten mit allen daraus resultierenden Konsequenzen. Manche Kabinettsmitarbeiter verstehen auch nach Jahren nicht wirklich, wo und in welcher Position sie sich hier befinden – was der Verwaltung den Umgang mit ihnen schwer, bei geschickter Nutzung des Wissensvorsprungs mitunter aber auch leichter macht.

Der Begriff des Kanzleramtsministers ist ein umgangssprachlicher, das B-VG spricht davon, dass „die sachliche Leitung bestimmter, zum Wirkungsbe- reich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten [...] unbeschadet des Fortbestands ihrer Zugehörigkeit zum BKA eigenen Bundesministern über- tragen werden“ kann. Ein derartiger Bundesminister ist dem Bundeskanzler nicht unterstellt, er ist ihm in seinen Ressortangelegenheiten gleichgestellt. Der Aufgabenumfang bestimmt sich durch eine Entschließung des Bundespräsi- denten, die einen Vorschlag der Bundesregierung voraussetzt. Da seine Aufgaben aber im Zuständigkeitsbereich des Bundeskanzleramtes liegen, verfügt er über keinen eigenen Ministeriumsapparat, sondern greift auf Personen, Budgetmittel und Ressourcen des Bundeskanzleramtes zu. Das hat zur Folge, dass eine Reihe von Schreibtischen im Amt gewissermaßen „zweigeteilt“ sind: Die dort tätigen Funktionsträger arbeiten und unterschreiben in manchen Angelegenheiten „für den Bundeskanzler“, in anderen „für den Bundesminister“. Mitunter ist gar nicht so klar, wem ein konkreter Akt zuzurechnen ist – wie dies etwa bei der Abberufung des Burgtheaterdirektors 2014 deutlich wurde.

Ganz anders ist die Stellung von Staatssekretären im Haus: Sie sind dem Bundeskanzler „beigegeben“, also ihm unterstellt und haben daher im Minister- rat keine Stimme. Ihr Aufgabenbereich wird allein durch den Ressortchef be- stimmt, der ihnen auch Kompetenzen und Organisationseinheiten des Hauses zuweisen kann oder nicht. Diese Zuweisung ist von ihm jederzeit abänderbar – die eines Kanzleramtsministers ist es nicht, denn dazu benötigt man wieder eine Entschließung des Bundespräsidenten. Hat ein Staatssekretär einen eigenen Aufgabenbereich, hat das zur Folge, dass die Beamtschreibtische nochmals geteilt werden, da der Beamte in den dem Staatssekretär zugewiesenen Aufga- ben an dessen fachliche Weisungen gebunden ist. Er approbiert allerdings auch in diesen Angelegenheiten nicht für den Staatssekretär, sondern für den Bun- deskanzler und ist auch nur diesem dienstrechtlich unterstellt.

Diese mehrfache Hierarchie, das komplexe Nebeneinander von Struktu- ren und die sich daraus ergebenden taktischen und juristischen Möglichkeiten werden von der schwarz-blauen Bundesregierung der Jahre ab 2000 nicht aus- gereizt. Im Gegenteil entwickelt Schüssel nahezu ein System der Doppelspitze der Bundesregierung, indem nach den Ministerratssitzungen Bundeskanzler und Vizekanzlerin gemeinsam vor die Presse treten und auch sonst die beiden gleich starken Regierungsparteien immer möglichst gemeinsame Auftritte su- chen. In späteren Jahren wird dieses System noch durch das sogenannte Spie- gelprinzip weiterentwickelt werden, nach dem jeder Ressortchef einen Minis-

ter der jeweils anderen Couleur zugewiesen erhält, an dessen Zustimmung er bei nahezu allen wesentlichen Entscheidungen, die nach außen gehen, gebun- den ist. Dies gilt sogar für den Bundeskanzler, der sich so politisch an den Vi- zekanzler fesselt.

Die Nationalratswahlen vom 1. Oktober 2006 gehen schlecht für die bishe- rige Regierungskoalition aus. Die SPÖ wird stärkste Partei und ihr Vorsitzender Alfred Gusenbauer mit der Regierungsbildung betraut. Wieder, zum dritten Mal in diesem Jahrzehnt, herrscht am Ballhausplatz die bereits bekannte diffuse Übergangsstimmung. Es ist anzunehmen, dass der bisherige Ressortchef nicht mehr lange im Haus sein wird, aber sicher ist es nicht. Die Verhandlungen dau- ern mehr als drei Monate von Oktober bis Jänner und produzieren immer wie- der unterschiedliche Gerüchte. Von der Politik kommen aber keine politischen Impulse mehr ins Haus, und es ist wieder einmal so, dass die Beamtschaft mit ihrer Routine und Erfahrung die eigentliche Arbeit und damit die Funktionsfä- higkeit der Republik trägt. Die Maschinerie läuft klaglos, und manche Medien fragen bereits im Scherz, ob man denn überhaupt eine Regierung brauche, da das Staatswesen ohnedies funktioniere.

Derartige Fragen sind nicht völlig unberechtigt, denn in der Tat ist die ös- terreichische Verwaltung in der Lage, den Staat klaglos zu managen. Dies hat allerdings dort Grenzen, wo es um die Gestaltung notwendiger politischer Initi- ativen geht und dort, wo politische Grundentscheidungen – etwa über ein Bud- get – notwendig sind. Das bedeutet, dass in den Interimsphasen rasch und merkbar Dynamik verloren geht, immer mehr ungelöste Probleme anstehen, die Gesetzesproduktion versiegt, daher auch in den Amtsstuben immer weniger gearbeitet wird und Kreativität sowie Motivation deutlich und rasch leiden.

Amtsraum im Staatssekretariat, ehemalige Gästewohnung der Kaiserin Elisabeth in der Amalienburg





So wird es am Ballhausplatz geradezu als Erleichterung empfunden und begrüßt, dass am 11. Jänner 2007 die neue Bundesregierung angelobt wird. Wieder erfolgt ein politischer Wechsel in der Ressortleitung, wieder gibt es Emotionen, diesmal aber weit weniger theatralische als im Jahr 2000. Schüssel verabschiedet sich sehr sachlich, der neue Bundeskanzler Alfred Gusenbauer begrüßt die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einer kurzen und herzlichen Versammlung im Kongresssaal, und danach wird unverzüglich die Arbeit in den politischen Büros aufgenommen. Auch diesmal gibt es einen kultivierten Übergang von einem Team auf das nächste – wobei insbesondere die Ministerbüros wiederum an der Personenzahl und der Aufgabenaufteilung der Vorgänger orientiert werden. Eine räumliche Änderung allerdings wird vorgenommen: Das alte, holzvertäfelte Kanzlerzimmer im Nordtrakt wird wieder vom zwischenzeitlich angelagerten Sammelsurium an Referentenschreibtischen befreit, in Kreisky-Zimmer umbenannt und mit den historischen Haerdtl-Möbeln als Sitzungszimmer adaptiert; das angrenzende alte Kanzlersekretariat wird in den kleinen Ministerratssaal verlegt und der nun freie Raum Haerdtl-Zimmer getauft; damit steht eine geschlossene Reihe an Sitzungs- und Veranstaltungsräumen in der Beletage zur Verfügung. Auch Symbolik muss sein: Das Porträt Metternichs

Feststiege des Palais, an den Wänden Objekte der Ausstellung zu 200 Jahren Wiener Kongress



muss seinen angestammten Platz im kleinen Ministerratssaal ebenso verlassen wie das Dollfuß-Bild den Marmorecksalon. Beide Personen sind den jungen Sozialdemokraten offenbar zu sehr Symbolfiguren der Repression und des Rückschritts.

Die neue Regierungsperiode ist aber relativ kurz. Zunächst zeigt eine ziemlich motivierte sozialdemokratische Mannschaft, die sich weitgehend aus ihrer gemeinsamen Jungsozialistenzeit kennt, Initiative, und regelmäßig finden fraktionelle Ministerratsvorbesprechungen statt, in denen auch inhaltlich diskutiert wird. Verwaltungsreform, Beschäftigungssicherung, Bildungsschwerpunkte, Europapolitik sind die großen Vorhaben. Doch rasch verhaken sich die Initiativen wieder in kleinlichen Konflikten zwischen den Koalitionsparteien, die nicht lösbaren Probleme werden immer banaler, die Junktimes immer skurriler, die Blockaden immer häufiger und die Stimmung immer schlechter. Als Folge davon geraten insbesondere die beiden Parteichefs Alfred Gusenbauer und Wilhelm Molterer unter internen Druck. Insbesondere die Bildungsreform gerät ins Stocken, und es gelingt nicht, das Schlagwort von der solidarischen Hochleistungsgesellschaft mit klarem Inhalt zu erfüllen; lediglich das Großereignis der Fußball-Europameisterschaft kann vom „Sportressort“ Bundeskanzleramt öffentlichkeitswirksam genutzt werden.

Als im Frühsommer des Jahres 2008, nach nur 18 Monaten Regierungsarbeit, gar nichts mehr geht, sucht die ÖVP im Vertrauen auf für sie günstige Umfragewerte und angesichts großer Unzufriedenheit in der SPÖ mit dem Kanzler ihr Heil in Neuwahlen. Das Experiment misslingt gründlich, denn die SPÖ kann mit einem Wechsel des Kanzlerkandidaten punkten und gewinnt abermals die Wahl.

Massive Verluste der beiden Regierungsparteien – die ÖVP verliert etwas mehr als die SPÖ – zwingen sie aber zu einer Neuauflage der ungeliebten Regierung, und nach nur zwei Monaten steht am 2. Dezember 2008 das Kabinett Faymann.

Diesmal ist das „Interregnum“ am Ballhausplatz kaum wirklich spürbar – hier agieren vorher wie nachher trotz des Kanzlerwechsels weitgehend dieselben Personen, die inhaltlichen Linien sind bekannt, große Teile der politischen Büros bleiben ident, und in der Verwaltung herrscht personelle und inhaltliche Kontinuität. Aufgrund der allgemeinen Tendenz der Erosion von ÖVP und SPÖ und der Tatsache, dass in beiden Lagern die Bundesparteien Macht gegenüber den Landesparteien verlieren, schwächt sich die Dynamik des Regierens aber erkennbar ab – insbesondere auch am Ballhausplatz. Dazu kommt noch die Weltwirtschaftskrise, welche die Handlungsmöglichkeiten des Staates und insbesondere Reforminitiativen, die Kosten verursachen, ohnedies generell stoppt. Damit verkümmern allerdings gerade jene Bereiche, in denen das Bundeskanzleramt – die Regierungszentrale für Strategie und Steuerung – seine großen Stärken haben könnte. Routine dominiert stärker als zuvor das Haus,





Unterzeichnung des Arbeitsübereinkommens 2008 im Ministerratssaal

reagieren statt agieren prägt die Handlungsmuster, weiterhin geht sehr viel an Energie für die Lösung selbst verursachter kleiner Koalitionsquerelen auf. Große und prägende Initiativen des Ballhausplatzes bleiben aus. Erfolgreich können nur eine Steuerreform, eine gewisse Konsolidierung des Budgets, eine kleine Bildungs- und Gesundheitsreform, die Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit und eine tragfähige Kärntner Ortstafellösung abgeschlossen werden.

In den ersten beiden Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts zeigt sich am Ballhausplatz wie in allen anderen Ministerien eine Änderung der Verwaltungsstrukturen und des Stils der Regierungsarbeit, der eine eingehendere Betrachtung verdient: Die Ministerkabinette wachsen quantitativ an, sie übernehmen

neue Funktionen, isolieren das Haus von den Ressortchefs, versuchen in die operative Arbeit hineinzuwirken und werden zunehmend zu Rekrutierungsfeldern für die Spitzenpositionen in der Ministerialverwaltung. Für Letzteres ist das Bundeskanzleramt ein durchaus signifikantes Beispiel. Von den acht nach 2010 bestellten Sektionschefs sind sieben ehemalige Kabinettschefs oder Leiter von Ministerbüros, fünf davon wechselten praktisch direkt aus dem politischen Büro in die administrative Spitzenposition.

Dass eine solche Entwicklung Auswirkungen auf die Verwaltung hat, ist evident: Das Bundeskanzleramt war immer ein Ressort, das durch die besondere Qualifikation seiner Beamten und deren Einfluss auf die jeweiligen Ressort-





Steinsaal mit Objekten der Ausstellung zu 200 Jahren Wiener Kongress

chefs und Bundesregierungen hervorstach. Seine Führungskräfte und ein beträchtlicher Teil der Mitarbeiter der politischen Büros rekrutierten sich aus dem Haus, die parteipolitische Neutralität der Verwaltung wurde geschätzt. Das scheint nun an ein Ende gekommen zu sein, was nicht nur die Stärke des Ressorts unterminiert, sondern auch seine Kraft, aus eigenem Vermögen und unterhalb der Ebene der großen politischen Entscheidungen die Verwaltung des ganzen Landes zu steuern, sich mit neuen Ideen zu befassen, strategische und planerische Initiativen zu setzen, leise, aber nachhaltig Verwaltungsentwicklung zu betreiben. Da sich Ressortchefs aber immer mehr nur mehr auf kurzfristig verwertbare Themen und Projekte konzentrieren, geht in Österreich auf Bundesebene die Dimension strategischer Planung des Regierens und Verwaltens zunehmend verloren. Damit wird Politik reaktiv statt aktiv, sie verliert das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Problemlösungskapazität, langfristig stabilisierende politische Bewegungen versanden und populistische, einzelprojektbezogene Gruppen übernehmen die Politik.

Hand in Hand damit geht eine für hoch entwickelte Staatswesen essenzielle Arbeitsteilung verloren: die zwischen Steuerung und operativem Handeln, zwischen Politik und Verwaltung, zwischen fantasievollem Reformimpuls und erfahrener Routine. In dem Maß, in dem dies der Fall ist, wird auch die Verwaltung in den Strudel der Vertrauenskrise hineingezogen, in dem sich die Politik und ihre Repräsentanten befinden. Man vertraut nicht nur den Ministern nicht

mehr, man misstraut auch der Verwaltung. Dies bleibt auch dem Ballhausplatz, in dessen 300-jähriger Geschichte es zumeist eine positive Dualität zwischen Spitzenverwaltung und Spitzenpolitik gab, nicht erspart.

In den neuen großen Koalitionen nach 2007 versuchen die Parteien mehrfach, mit PR-Maßnahmen, wie etwa kleineren Regierungsumbildungen, Schwung zu gewinnen und das Vertrauen der Wähler zurückzuholen, was allerdings – wie sich in den Umfragen zeigt – nur unzureichend gelingt. Bereits vor der Wahl des Jahres 2013 scheinen für beide Parteien weitere Verluste programmiert. Diese treten auch tatsächlich ein, jedoch bleibt wieder die SPÖ klar an erster Stelle, sodass Bundespräsident Heinz Fischer den amtierenden Bundeskanzler Faymann nochmals mit der Regierungsbildung betraut, die im Dezember 2013 abermals in jene große Koalition mündet, die schon zuvor nicht mehr wirklich funktioniert hat.

Für den Aufgabenbereich des Bundeskanzleramtes bedeutet das eine kleine, aber motivierende Veränderung: Das Ressort wird um die Kunst- und Kulturagenden erweitert, der Kanzleramtsminister ist jetzt auch Kulturminister. Dies führt am Rande fast zur Wiederholung einer legendären Szene aus der Kreisky-Ära. Als der von den Medien und insbesondere vom ORF gehypte Sieger des Eurovision Song Contest 2014 Conchita Wurst im Bundeskanzleramt mit großem Aufwand empfangen wird, sind wieder Medienberater drauf und dran, einen Auftritt des Stars gemeinsam mit dem Bundeskanzler auf dem Balkon zu inszenieren, es kommt allerdings diesmal nicht dazu. Ob aufgrund der politischen Zurückhaltung des Kanzlers oder einfach nur deshalb, weil der zuständige Beamte vorsorglich die Schlüssel zur Balkontür nicht dabei hat, wird sich wohl nicht eindeutig klären lassen.

In der Folge zeigt sich, dass die Besorgung der Kulturverwaltung einem ersten Ministerium sehr gut ansteht, zumal im Kulturland Österreich. Das Bild der Gesamtregierung braucht auch Symbole, die über den Alltag hinausgehen und muss aktiv einen Dialog mit wichtigen, meinungsbildenden nicht staatlichen Entscheidungsträgern führen – und hier gehört die Kulturwelt besonders prominent dazu. Es ist daher durchaus folgerichtig, dass das Haus sofort wieder eine gewisse Dynamik in diesem Feld zeigt, die sich in großen Ausstellungen zum hundertsten Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkrieges (und zwar zur Rolle des Kriegspresseedienstes) und insbesondere zum Zweihundertjährjubiläum des Wiener Kongresses im Sommer 2015 zeigt. Letztere bringt immerhin 60.000 Besucher ins Palais am Ballhausplatz – eine Öffnung des Hauses, wie es sie in seiner 300-jährigen Geschichte noch nie gegeben hat.

Und noch etwas prägt diese achtjährige Regierungszeit Faymanns: War er seinerzeit mit sehr europakritischen Aussagen angetreten, so entwickelt er sich im Lauf der Jahre zu einem überzeugenden EU-Befürworter und erreicht damit auch wieder eine solide Positionierung Österreichs bei den Entscheidungsträgern der EU. Dies gilt insbesondere für das Feld der Sozialpolitik und speziell



für die Jugendbeschäftigung. Doch die Kritik der Öffentlichkeit am Regierungschef und der Verlust des Rückhalts innerhalb der eigenen Partei nehmen ständig zu, eine lange Serie von schlechten Wahlergebnissen und eine nicht zu übersehende innere Erosion der Parteiorganisation der SPÖ tun ein Übriges.

So muss im Mai 2016 infolge des katastrophalen Abschneidens des SPÖ-Kandidaten bei der Bundespräsidentenwahl der seit Längerem umstrittene Bundeskanzler zurücktreten. Sein Nachfolger, der 50-jährige bisherige ÖBB-CEO Christian Kern – in den 1990er-Jahren bereits als Pressesprecher des Staatssekretärs Kostelka im Haus tätig –, bildet die Regierung um und ersetzt dabei unter anderem auch den bisherigen Kanzleramts- und Kulturminister Ostermayer durch Thomas Drozda (der vor seiner langjährigen Managementtätigkeit im Kulturbereich ebenfalls einmal Mitarbeiter im Kanzlerkabinett war) und die für den öffentlichen Dienst zuständige Staatssekretärin durch die Wiener Gemeinderätin Muna Duzdar.

Die Grundprobleme der großen Koalition sind damit aber nicht gelöst. Wie in den vergleichbaren Episoden der Vergangenheit prägen – nach einer kurzen Phase positiver Aufbruchsstimmung – wiederum Junktims, Blockaden, öffentliche Attacken auf den Koalitionspartner, eine seltsame Verliebtheit in das Trennende und eine nicht erklärbare Scheu, das Gemeinsame herauszustreichen und dem Partner Erfolge zu gönnen, das Bild. Unter diesen Voraussetzungen konnte in der Vergangenheit und kann auch in Zukunft der Ballhausplatz keine große Dynamik entwickeln.

Heute hat der Ballhausplatz ohne Zweifel nicht jene herausragende Bedeutung in der österreichischen Politik, die er in seinen stärksten Zeiten hatte. Die Gründe dafür sind vielfältig. Ein Grund liegt sicher darin, dass frühere Hausherren in ihrer Partei oder in der von ihr repräsentierten gesellschaftlichen Organisation unbestritten die Nummer eins waren und daher hier im Palais eine absolute Machtposition einbringen konnten. Dies ist seit einiger Zeit anders – die beiden ehemals großen staatstragenden Parteien sind erodiert und relativ klein geworden, und intern ist die gesamte Macht der Landesorganisationen deutlich größer als die der Bundesorganisation. Letzteres hat auch damit zu tun, dass die Verfassungsentwickler am Ballhausplatz immer mehr Kompetenzen und Gestaltungsmöglichkeiten an die Länder abgaben bzw. abgeben mussten. Ein weiterer Grund ist darin zu finden, dass den Strategen am Ballhausplatz eine mitreißende Orientierung an Grundsätzen, an großen politischen Linien, an festen und konturierten Überzeugungen abhandengekommen ist. Dies ist Resultat und Ursache der zunehmenden Entpolitisierung der Parteien und der Gesellschaft. Wer aber nur mehr irgendwie über die Runden kommen will, wer nur mehr Kanzler sein will, um eben Kanzler zu sein und nicht, um Österreich zu verändern, besser zu machen, weiterzuentwickeln, Chef des Regierens zu sein, verliert Vertrauen, Unterstützung und Macht. Wenn am Ballhausplatz nicht die große Politik gemacht wird, nicht die großen Strategien entwickelt werden, ver-



Tag der Offenen Tür 2016 im Amtszimmer von Bundeskanzler Christian Kern

kommt er zu einer Verwaltungszentrale – diese aber ist nur mehr ein Player unter vielen staatlichen Playern. Und schließlich hat man sich hier im Haus wohl auch zu sehr den Medien ausgeliefert, den Pressedienst des Bundes zu ihrem Dienstleister gemacht, von Inseratenkampagnen eine wohlwollende Berichterstattung erhofft und Entscheidungen kurzfristig auf die Schlagzeile von morgen hin ausgerichtet. Dabei ging völlig verloren, dass es ja auch eine wirkliche Regierung gibt, einen wirklichen Kanzler, wirkliche Politik und politische Substanz – nicht nur die medialen Berichte darüber mit ihren willkürlichen Färbungen und eklektizistischen Ausschnitten der Berichtenden. Wenn es aber keinen Inhalt und kein Produkt mehr gibt, sondern nur mehr Verpackung, wird auch die Stätte, an der das Produkt erzeugt wird, uninteressant und bedeutungslos.

Es ist fraglich, ob sich diese Entwicklung, zu der die Bundeskanzler der letzten zwanzig Jahre entscheidend beigetragen haben, auch wieder umkehren lässt. Innerhalb unveränderter Rahmenbedingungen wohl nicht, aber die Geschichte des Hauses zeigt deutlich genug, dass hier noch nie alles so blieb, wie es war und dass das Palais noch nach jeder schwachen und uninteressanten Phase auch eine starke und interessante erlebt hat.